
931/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 10.06.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

betreffend Schulpersonal aus einer Hand: Starke Teams in Schulen statt zersplitterter Bildungsverwaltung

BEGRÜNDUNG

Schule ist weit mehr als ein Ort, an dem Vokabeln gelernt und mathematische Formeln gelöst werden. Sie ist der Ort, an dem unsere Kinder aufwachsen, Freunde und Freundinnen finden und einen riesigen Teil ihres Alltags verbringen. Doch wer heute in ein österreichisches Klassenzimmer blickt, sieht eine enorme Belastung: Lehrkräfte und Schulleitungen stehen täglich vor der Herausforderung, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern gleichzeitig familiäre Krisen aufzufangen, wachsende Diversität zu managen und psychische Belastungen abzufedern. Die Realität hat die alten Strukturen längst überholt. Schule kann heute nur noch gelingen, wenn wir die Pädagog:innen nicht länger als Einzelkämpfer:innen alleine lassen, sondern ein echtes, multiprofessionelles Team um sie herum bauen.

Das größte Hindernis auf dem Weg dorthin ist die aktuelle, völlig zersplitterte Bildungsverwaltung. Unterstützungspersonal, Freizeitpädagog:innen oder Sozialpädagog:innen und Schulsozialarbeiter:innen werden über verschiedenste Träger, Vereine und Zuständigkeiten organisiert. Sie kommen oft als „externe Dienstleister“ an die Schule, statt von Anfang an fixer Teil des Teams zu sein. Das erzeugt Reibungsverluste, die am Ende die Kinder und Jugendlichen ausbaden müssen.

Das Prinzip muss daher lauten: Schule aus einer Hand.

Freizeit- und Stützpädagog:innen dürfen nicht länger als externes Personal wahrgenommen werden. Sie gehören fest in das Schulkollegium integriert. Sie müssen gemeinsam mit den Lehrkräften im selben Konferenzzimmer sitzen, sich auf Augenhöhe austauschen und unterstützen und den Schultag als Einheit gestalten.

Diese Integration ist gleichzeitig der lang ersehnte Turbo, den wir für unsere ganztägigen Schulen in ländlichen Gebieten brauchen. Vielen Gemeinden fehlt

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

schlicht das Geld, und oft auch der nötige politische Wille, die Nachmittagsbetreuung in der nötigen Qualität zu finanzieren und zu organisieren. Wenn der Bund hier endlich die Initiative ergreift, das Personal direkt absichert und organisatorisch an den Schulen verankert, entlasten wir die Gemeinden spürbar. Vor allem aber geben wir arbeitenden Eltern die Sicherheit, dass ihre Kinder auch in der Schule den ganzen Tag über gut betreut werden.

Damit dieses Team am Standort auch wirklich funktioniert, müssen wir den Schulleitungen das Vertrauen und die entsprechenden Werkzeuge geben. Niemand weiß besser, was eine Schule braucht, als die Direktor:innen vor Ort. Ob ein Schulstandort in einem Semester dringend mehr Unterstützung in der Freizeitpädagogik, zusätzliche Stützkräfte für den Unterricht oder eine intensivere sozialpädagogische Begleitung benötigt, muss unbürokratisch und flexibel direkt am Standort entschieden werden können. Und zwar an allen und nicht nur in den Schulen des Chancenindex. Autonomie bedeutet, dass alle die Ressourcen einsetzen zu können, die den Kindern an diesem spezifischen Standort am besten helfen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung wird ersucht, eine umfassende Strukturreform für das schulische Unterstützungspersonal umzusetzen. Diese soll sicherstellen, dass das gesamte Personal an österreichischen Schulen zukünftig organisatorisch „aus einer Hand“ gesteuert wird, indem insbesondere Freizeitpädagog:innen und diverse Stützkräfte in das jeweilige Schulkollegium integriert werden.

Gleichzeitig sind entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, die es den Schulleitungen vor Ort ermöglichen, autonom über den konkreten Einsatz und das Verhältnis ihrer Personalressourcen (Lehrkräfte, Stützkräfte, Freizeitpädagog:innen, Schulsozialarbeit, Sozialpädagog:innen, Schulpsychologie etc.) je nach den spezifischen Bedürfnissen ihres Standorts selbst zu entscheiden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss vorgeschlagen.